



Belegschaften werden gespalten Das Elend der Standortkonkurrenz

War es vor Jahren noch angesagt, unseren Brüdern und Schwestern in den neuen deutschen Bundesländern vor Ort die Aufwartung zu machen, viele Versprechungen bezüglich zukünftiger Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand kund zu tun und sie kollektiv zu umarmen, so hat sich diese Situation heute doch extrem abgekühlt. Wie wir es bereits aus der Geschichte des Brunsbütteler Werkes kennen, wurden Arbeitsplätze und „blühende“ Landschaften für diese „Entwicklungsgebiete“ versprochen. Gehalten wurde wenig. Steuergelder wurden von Bayer zwar ein kassiert. Aber um die Arbeitsplätze, die nie auch nur annähernd die versprochene Anzahl erreicht haben, muss heute nach brutalem Stellenabbau gezittert werden. In solchen Momenten der Standortentscheidung geraten Betriebsräte und Belegschaften in eine unwürdige Situation, wie zum Beispiel bei Kogenate.

anlasste. Obwohl die Arbeitszeit im Osten ohnehin noch 40 Std. in der Woche beträgt und die Löhne noch immer nicht Westniveau erreicht haben, entschloss sich der Betriebsrat der Firma anzubieten, die 40 Stunden sogar für nur 37,5 Std. Bezahlung zu vereinbaren. Der Wuppertaler Betriebsrat warf sich ebenfalls ins Zeug und zog IG BCE und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat auf seine Seite. Dies allerdings empörte die Bitterfelder sehr, bezahlen sie doch auch Gewerkschaftsbeiträge und sind doch auch Bayer-Angehörige und doch eigentlich auch Kollegen, oder? Ein Teil von ihnen trat aus der Gewerkschaft

ge von dort.

Die Arbeitnehmer sind die Verlierer

Sicher wird einer der Standortbetriebsräte demnächst jubeln und sich feiern lassen, dass er für X Arbeitsplätze erfolgreich gekämpft habe. Aber verlieren wir nicht langfristig alle, wenn unsere Löhne und Arbeitszeiten, für die wir Jahre lang gekämpft haben, und Steuergelder dem Standortkrieg zum Opfer fallen? Ist es wirklich ein Sieg als Arbeitnehmer und Mensch, wenn es gelungen ist, die Kollegen im Osten mit einer dop-

Beispiel Nordrhein/ Ostdeutschland in 2000:			
E 1 West:	3.263 DM	↔	E 1 Ost: 2.691 DM 82,5% West
E 6 West:	3.820 DM	↔	E 6 Ost: 3.122 DM 81,7% West
E 13 West:	7.645 DM	↔	E 13 Ost: 6.189 DM 81,0% West
Nordrhein: 37,5 Std/Woche		↔	Ostdeutschland: 40 Std/Woche

Faktor VIII und die Profi-Profiteure

Seit Monaten verkündet der Vorstand, seine Entscheidung über den Standort für die KG3-Produktion (gentechnisch hergestelltes Kogenate, Faktor VIII) bekannt zu geben. Er hat aber herausgefunden, dass er, je länger die Bekanntgabe hinausgezögert wird, desto besser sowohl Arbeitnehmervertreter wie auch Landesregierungen gegeneinander ausspielen kann, um für sich das beste dabei herauszuholen.

Ein entwürdigendes Drama

Nachdem sich die PH-Leitung für Wuppertal ausgesprochen hatte, wurden in Sachsen-Anhalt die Landeszuschüsse hochgeschraubt. 160 Mio. DM sollen im Gespräch sein. Daraufhin führte NRW wissenschaftliche Infrastruktur ins Feld, was wiederum den Bitterfelder Betriebsrat zu einer Verzweiflungstat ver-



aus. Und was ist eigentlich mit Berkeley? Warum wird denn dort nicht produziert, fragen sich die amerikanischen Kollegen. Ist es nicht eigentlich „ihre“ Produktion, was ist mit ihren Arbeitsplätzen? „Uns wurde gesagt, dass man in Deutschland zwei Standorte gegeneinander ins Rennen schicken will, um die Löhne zu senken“, vermeldet ein Kolle-

pelt so hohen Arbeitslosigkeit und geringeren Löhnen aus dem Feld zu schlagen? Was lässt uns eigentlich zu solchen Tieren werden, die sich gegenseitig zerfleischen, und wer ist der eigentliche Gewinner?

Nicht nur das. Man kann in solch einem Klima auch gar keine Sachdiskussion mehr führen. Was sind die Probleme bei der Produktion von Kogenate, werden die Vorgängerprodukte (KG2), die z.T. gerade neu auf dem Markt gekommen sind, ersetzt, oder weiterproduziert, wie sieht das Produktionsverfahren aus, welche Arbeitssicherheits- und Umweltaspekte sind berührt, welche Qualifikationen sind gefordert und wie viele Leute werden tatsächlich wo neu eingesetzt werden, sind nur einige der Fragen, mit denen man sich auch beschäftigen müsste, und die bisher überwiegend unbeantwortet geblieben sind. Unser Vorschlag wäre, dass Betriebsräte und Gewerkschafter miteinander reden, statt gegeneinander zu kämpfen.

Lasst uns wie Menschen leben...

Felicia Langer, Jüdin, Juristin und Trägerin des alternativen Nobelpreises, war am 28.3. zu Gast in Wuppertal.

Auf einer Gemeinschaftsveranstaltung der VHS, des Informationsbüros Nicaragua, des Frauenvereins Courage und der Linken, turbulenten Strömung Bergisch Land referierte sie zu der Situation in Palästina. Knapp 100 Teilnehmer hörten zu und diskutierten mit.

Von 1950 bis 1990 lebte sie in Israel.

Dort stritt sie als Anwältin für die Rechte der Palästinenser. Ihre Mandanten waren keine einfachen Diebe. Diesen Männern und Frauen wurden und werden die Menschenrechte vorenthalten. "50 Jahre Israel heißt 50 Jahre Unterdrückung der Palästinenser."

"Folter ist in Palästina zum Alltag geworden", sagt Felicia Langer. Israelische Truppen zerstören die Häuser der Palästinenser. Aus dieser Hoffnungslosigkeit, "die wir Israelis verursacht haben", wächst der Fanatismus. Die Friedensabkommen Oslo eins und Oslo zwei tragen das Wort Frieden zu



F. Langer (links) und U. Franz

jüdische Siedler. Die Siedler beanspruchen zu ihrem Schutz eine Pufferzone von 20 Prozent der Fläche Hebrons. Der Raum für die Palästinenser wird eng - "ein Fundament für Hass".

Um die palästinensischen Dörfer haben die Israelis Umgehungsstraßen gebaut. Straßen, die Felicia Langer "Apartheidstraßen" nennt. Auf diesen Wegen sollen die Israelis sicher um die Dörfer fahren können, "damit sie nicht mit dem Zorn der Palästinenser konfrontiert werden".

Felicia Langer schilderte, dass sich in Israel eine Strömung herausbildet, die eine Alternative zur bestehenden Politik ist.

Sie kämpft indes auch für Israel. Und fordert von der Weltgemeinschaft, Solidarität zu zeigen. Eine Solidarität, die nicht antiisraelisch ist. "Antiisraelisch und rassistisch ist die Politik Israels", sagt Felicia Langer. Gerade die Deutschen seien aus den Erfahrungen ihrer Vergangenheit dazu verpflichtet, "sich

dort einzumischen, weil die Menschenrechte verletzt werden". "Schweigen", so die kämpferische Frau, "hat immer den Beigeschmack von Mittäterschaft." Die Solidarität aber, "ist die schönste Blume der Menschheit".

Wer diesem Engagement Antisemitismus vorwerfe, wolle damit nur die "Stimme der Kritik zum Schweigen bringen". Die Stimme aber gilt es, gegen den Rassismus zu erheben. Nicht gegen, sondern für Israel. Diese Mahnung richtet Felicia Langer auch an die Adresse derer, die von der rechten Seite her voreilig applaudieren wollen.

Wer sich mit dem Thema beschäftigen will, hier einige Buchtitel:

Brücke der Träume. Eine Israelin geht nach Deutschland. - Felicia Langer; Taschenbuch

Wo Haß keine Grenzen kennt. Eine Anklageschrift. - Felicia Langer; Taschenbuch

Zorn und Hoffnung. - Felicia Langer; Taschenbuch



Wohnungsverkauf erst 2002

Mitte April wurde der Sozialausschuss des Betriebsrates über den Stand des Verkaufs der BayWoGe an die Gelsenkirchener Wohnungsbau-Gesellschaft THS informiert. Anteilseigner sind zu je 50% "unsere" Gewerkschaft die IG-BCE und die RAG (Ruhrkohle AG).

Der Verkauf wird aufgrund rechtlich-finanzieller Feinheiten erst im Jahr 2002 stattfinden. Die Bayer AG spart dadurch Geld.

Es wurde eine Option vereinbart, daß zum Erwerb der BayWoGe 10% des Bestandes durch die neuen Eigentümer verkauft werden kann. Es soll beim Verkauf aber keine Zergliederung bestehender Siedlungen stattfinden. Vielmehr sei man bemüht, Objekte zu verkaufen, die nicht oder nicht überwiegend an Bay-

er Mitarbeiter vermietet werden können. Die THS übernehme auch die bestehenden Betriebsvereinbarungen. Diese müsste aber i. d. Pkt. der Orientierung am Mittel des Mietreisspiegels angepasst werden. Zur Frage ob die Mieten nach oben oder unten angepasst werden, wurde feinsinnig geantwortet, daß man sich am Markt orientieren wolle. Klar wurde, daß in nächster Zeit wesentlich weniger Geld für Reparaturen bzw. Modernisierung zur Verfügung gestellt wird.

Im nächsten Mieterbrief wird es ausführliche Informationen zu den Änderungen des Service für Abwicklung und Behebung von Schäden etc. geben. Dieser soll noch im Mai verschickt werden.



Unrecht, meint die Anwältin. Denn sie haben die wichtigsten Fragen - Souveränität, Siedlungen, Flüchtlinge - ausgeklammert. Aber Frieden, so die schlichte Botschaft der Juristin, kann es nur mit Gerechtigkeit geben.

Eine Gerechtigkeit, die solange nur ein leeres Wort ist, solange es Städte wie Hebron gibt. Hier leben 120000 Palästinenser und 400 fanatische,

Betriebsräte der Belegschaftsliste; V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan
(namentlich gezeichnete Beiträge oder Leserbriefe geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder)

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;

Olaf Augustin, PH-R CWL, Geb. 456, Tel. 8604

Ulrich Franz, PH-R SID, Geb. 459, Tel. 4475

Michael Groß, PH-EO-CP K, Geb. 405, Tel. 8465

Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. (0202)36--7543

Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

Peter Rauh, PH-PD Toxikologie, Geb. 508, Tel. 8670

Björn Reitz, PH-OP ELB AQ, Geb. 302, Tel. 2765

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 2546

Gerd-Peter Zielezinski, PH-OP-ELB Betr. Cerivast., Geb. 9, Tel. 2608

Ersatzmitglieder:

Gabi Stallony, PH-R CWL, Geb. 460, Tel. 5284

Frank Samland, PH-OP WP Betr. 1/3, Geb. 226, Tel. 7752

Sorge um die Weltgesundheit?

Wir berichteten:

39 Pharmafirmen (darunter auch Bayer) hatten 1998 die südafrikanische Regierung verklagt, weil sie ein Gesetz verabschieden wollte, das es erlaubt, bestimmte Medikamente, die bei AIDS die Sterberate signifikant verringern, als Generika und damit viel billiger als die "Originalpräparate" zur Verfügung zu stellen. Das verstieße nach Meinung der Pharmariesen gegen den Schutz geistigen Eigentums (die Patente), der unter anderem in der WTO (Welt-handels-organisation) verankert ist. Während die Märkte der Welt sich für die Konzerne öffnen sollen, halten diese an der Protektion ihrer Produkte fest, und koste es das Leben der Erkrankten.

Am 5. März gab es weltweit Proteste gegen diese Klage, u.a. wurde auch vor Bayer in Berkeley demonstriert. An diesem Tag ergriff auch der Weltchemiearbeiterverband ICEM (www.icem.org/update/upd2001/upd01-10.html) Partei für Südafrika und das Recht einer Regierung, erschwingliche Arzneimittel bereitzustellen.

Imageverlust

Die Firmen haben kürzlich ihre Klage zurückgezogen. Hat das moralische Ge-

wissen oder die Vernunft gesiegt? Es war wohl eher der Imageverlust durch die Proteste, der die Firmen zum Einlenken bewegte. Das Vorgehen von Südafrika verstieß ausserdem gar nicht gegen die Vorschriften der WTO, was die WHO (Weltgesundheitsorganisation) von vorneherein klarstellte. Damit war der Ausgang des Verfahrens ohnehin ungewiss, und man einigte sich außergerichtlich.

Es gibt Ausnahmeregelungen, die den Regierungen noch erlauben, Gesetze im Interesse ihrer Bevölkerung zu erlassen, wenn auch nur zur Ausnahme. Dazu wurde die Situation in Südafrika der Einfachheit halber erklärt. Aber Brasilien, das weitergehende Vorstellungen hat, sieht sich in gleicher Angelegenheit noch immer einer Beschwerde der USA vor der WTO gegenüber.

Es ist ohnehin schon makaber, dass Konzerne über die Institutionen wie WTO oder Weltbank, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen, die Politik der einzelnen Länder diktieren können. In diesem Fall begründen sie das mit den hohen Forschungskosten. Sie sind aber nicht bereit, ihre Zahlen offen auf den Tisch zu legen. Ausserdem sind die Entwicklungszeiten von Arzneimitteln dras-

tisch verkürzt worden, getreu unserer Zielvereinbarungen. Es lässt sich also kaum verhehlen, dass es wie immer in der so freien Marktwirtschaft um Profit geht. Immerhin sind die Profit-Ziele für Pharma für 2001 auf > 20% festgeschrieben worden. Das was uns als Vision von der Besorgnis um die Weltgesundheit verkauft wird, damit wir uns besser bei der Arbeit fühlen und mehr "reinhauen", ist für uns eine Fata Morgana, aber endet für die Betroffenen mitunter tödlich.

...und jetzt auch noch billige Medizin?



Fußgängerwege im Forschungszentrum

Ein LKW einer Fremdfirma erfasste einen Mitarbeiter auf der Werkstraße und schleuderte ihn zu Boden. Zum Glück wurde der Kollege nicht ernsthaft verletzt.

Jetzt reagierte Bayer mit der Kennzeichnung von Fußgängerwegen von und zu den Drehkreuzen. Wir bitten alle MitarbeiterInnen auch den vorgesehenen Weg zu benutzen. Fahrzeuge dürfen "Gehwege" nicht als Parkfläche missbrauchen.

Eine vernünftige Trennung von Gehweg und Fahrbahnen ist zu begrüßen. Die jetzt aufgemalten Markierungsstreifen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Richtige Bürgersteige wären die sicherste Lösung! Dies wurde von der Werksleitung aus Kostengründen abgelehnt.

Ärger mit VEKT

Wie nicht anders zu erwarten, hat die von der IGBCE in höchsten Tönen gepriesene VEKT bei nicht wenigen Mitarbeitern zur Verärgerung geführt, da sie sich ungerecht beurteilt fühlten.



Dieser Ärger war vorprogrammiert, da Beurteilungen immer subjektiv sind und diesmal eine Menge Geld von der Beurteilung abhing.

Es liegt in der Systematik der Vereinbarung, dass eine gute Beurteilung eines Mitarbeiters zwangsläufig eine schlechte Beurteilung eines anderen nach sich ziehen muss, um den von oben gewünschten Durchschnittswert zu erzielen. Die von den Machern der Vereinbarung gewünschte Spreizung führt dazu, daß es neben Gewinnern auch Verlierer gibt.

Einspruch erheben gegen die Beurteilung kann jede MitarbeiterIn. Beschäftigten muss die Einspruchskommission sich allerdings nur mit den Einsprüchen, die bemängeln, dass bei der Beurteilung gegen die Vereinba-

rung verstoßen wurde.

Im Klartext: Eine als ungerecht empfundene Beurteilung ist kein Einspruchsgrund.

Dies tragen Gesamtbetriebsrat und die Elberfelder IGBCE/UA -Betriebsräte mit. Schließlich haben sie die Vereinbarung unterschrieben. Sie sind offensichtlich der Meinung, dass eine vom Unternehmen / Vorgesetztem bescheinigte schlechte Leistung auch finanziell sanktioniert werden muss und eine nicht leistungsbezogene ÜTZ nicht mehr zeitgemäß ist. Dies entspricht denn auch der vom Management geforderten High-Performance-Kultur. Die Betriebsräte, die sich als Co-Manager verstehen, scheinen dies ähnlich zu sehen.

Zahlt sofort!!!

Entschädigung für alle ZwangsarbeiterInnen

In diesen Tagen bekommt die Geschichte der Stadt Wuppertal ein Gesicht. Seit dem 4. Mai besucht eine Gruppe von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen aus der Ukraine, Weißrussland und Polen Wuppertal. Nach Vorbereitung der "Projektgruppe Spurensuche - Zwangsarbeit in Wuppertal" wird ein bisher wenig dokumentierter Teil der Stadtgeschichte aufgearbeitet. Eine Möglichkeit sich über die Besuchergruppe zu informieren, war am 10.05.01 in der Begegnungsstätte Alte Synagoge. Die Historikerin Gabriele Lotfi hat über die sogenannten Arbeitserziehungslager referiert, in die "Arbeitsunwillige" eingesperrt wurden. Anschließend haben die ehemaligen Zwangsarbeiter von ihren persönlichen Erfahrungen berichtet.

Die ukrainische Zwangsarbeiterin Ljubow Romanjuk, Jahrgang 1927 schrieb: Am 7. November 1942 kam der Dorfälteste mit einem Soldaten zu uns. "Sie muss nach Deutschland fahren", sagte er zu meiner Mutter. "Da wird es ihr gut gehen." Meine Mutter fiel vor ihm auf die Knie und hat angefangen zu schreien, dass ich doch noch ein Kind sei. Der Soldat schob meine Mutter mit seinem Maschinengewehr beiseite, mich packte er am Kragen und schleppte mich aus unserem Häuschen heraus.

Ich habe Kinder, Enkel, Urenkel. Den Geschmack von Fleisch und Butter haben wir längst vergessen, von Wurst will ich gar nicht erst reden. Meine Enkel sehen selten etwas Grieß in ihrer Milch. Und ein wenig ist es mir peinlich darüber zu schreiben, aber ich kann mir noch nicht einmal Unterwäsche erlauben. Jetzt kommt der Frühling, ich habe keine Schuhe, ich habe alte

Herrenturnschuhe. Und deshalb, sollte ich von der deutschen Regierung ein paar Pfennige bekommen, dann werde ich sie selbstverständlich für die mir wertvollsten Menschen verwenden: für meine Kinder, Enkel und Urenkel. Ich



Zwangsarbeiterin in Wuppertal

würde als erstes Kartoffeln kaufen und vielleicht auch ein wenig Fleisch und dann würde ich versuchen, meine Familie satt zu bekommen, und wenn dann noch ein wenig übrig ist, würde ich meine Nachbarn einladen, denn die hungern auch.

Vor zwei Jahren einigten sich die deutsche Industrie und die Bundesregierung mit den Opferverbänden auf eine Entschädigungszahlung für NS-ZwangsarbeiterInnen. Bis heute ist es nicht zu einer Auszahlung an die hochbetagten Opfer gekommen. Mit dem Verweis auf mangelnde Rechtssicherheit blockieren Industrie und Bundestag weiter die Entschädigungszahlungen.

Deutsche Arroganz

Die Arroganz der deutschen Industrie und der Bundesregierung ist ungeheuerlich und grenzenlos.

Jeden Tag sterben 200 Opfer - früher entrechtet und entwürdigt - bis heute nicht entschädigt und ohne ein Wort der Entschuldigung gehört zu haben.

Wenn dann in 3 Monaten über eine weitere Klage in den USA entschieden wird, von deren Ausgang die deutsche Wirtschaft u.a. ihre 'Rechtssicherheit' abhängig macht, werden 18.000 weitere Opfer gestorben sein.

In Wuppertal waren in ca. 600 Firmen und Lagern über 30.000 ZwangsarbeiterInnen beschäftigt. Nur ein kleiner Teil dieser Firmen versucht sich durch Beteiligung an der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft aus ihrer Verantwortung zu kaufen. Der weitaus größte Teil der Unternehmen ist aber auch heute nur seinem Profit oder den Aktionären verpflichtet.

Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen.
Unsere Konto-Nr.: 4760625,
Commerzbank Wpt.,BLZ
33040001, Kennwort :
Hochwald/Belegschaftsliste



Klinische Pharmakologie soll vom DEUTSCHEN ROTEN KREUZ gerettet werden

Die Herren Dr. Wensing und Dr. Grobe-Einsler stellten dem Betriebsrat am 12.04. die Personalentwicklung in der Probandenstation vor. 2 Mitarbeiterinnen, die die Abteilung verlassen, sollen ersetzt und 5 Mitarbeiterinnen (inklusive "Leitender") bis Ende 2002 zusätzlich eingestellt werden. Mit diesen Einstellungen kann jedoch nur der sich durch mehr "Entwicklungskandidaten" erhöhte Arbeitsanfall bewältigt werden. Für die Arbeitsspitzen der ohnehin schon stark belasteten Mitarbeiter hat man sich etwas ganz besonderes einfallen lassen.

Kurzfristig möchte die Abteilungsleitung bis zu 3 Krankenschwestern vom DRK Krefeld Stunden- bis Tageweise als Springer für diese Arbeitsspitzen einsetzen.

Kein Protest beim Betriebsrat

Wenn externe Fachleute (hier Krankenschwestern) auf Zuruf der Abteilungsleitung "reinspringen" sollen, kann das nur bedeuten, dass die "normal" Beschäftigten bis an die Grenze belastet sind. Eine vernünftige Personalplanung sieht aber die Abdeckung von Arbeitsspitzen, Urlaubs- und Krankheitsausfällen vor. Von alledem ist hier nichts zu sehen. Die Mitarbeiterinnen der Probandenstation sind in ihrem Arbeitszeitverhalten schon sehr flexibel. Berücksichtigt wird diese Belastung nicht - eine Erfahrung, die

viele Beschäftigte machen. Die Belegschaftsliste hat den Einsatz des DRK abgelehnt.



Nach einer Untersuchung der Arbeitszeiten und einer Einschätzung des zukünftigen Arbeitsaufkommens sollten entsprechende Einstellungen vorgenommen werden. Die Arbeitszeiten müssten so gestaltet werden, dass Nacht- und Wochenenddienste in möglichst geringen Rahmen anfallen. Die Bezahlung muss so erfolgen, dass der Einsatz und die Qualifikation entsprechend ihre Berücksichtigung finden, denn für die externen Krankenschwestern vom DRK ist Bayer laut vorgelegtem Vertrag durchaus bereit, bis zu E10 / E11 zu bezahlen.

Das Jammern des Personalabteilungsverträtters, aus dem "freien" Arbeitsmarkt würden sich keine qualifizierten Bewerber melden, ist unserer Meinung nach ein Witz. Wer unterhalb der Krankenhausbezahlung eine Krankenschwester mit Ausbildung in Intensivmedizin für diese Arbeitsbedingungen sucht, möchte offensichtlich keine Bewerber haben.

Lukrative Flexibilität

Da sind natürlich Beschäftigte einer sogenannten "Non-Profit-Organisation", wie das DRK eine ist, mit ihrer grenzenlosen Flexibilität lukrativer. Und wenn dies dann vom Betriebsrat und der Gewerkschaft mitgetragen wird, um so besser. In einer Versammlung mit den Beschäftigten wurde deutlich, dass eine Entlastung durch Neueinstellungen erforderlich ist - zur Not auch vom DRK. Es blieben aber eine ganze Reihe von Fragen wie Aufgabenverteilung, Personalplanung oder die Raumplanung in Geb. 429 unbeantwortet. Der Betriebsrat hat trotzdem mit den Stimmen der IG BCE / UA einem "Pilotlauf" bis Ende Oktober zugestimmt.

Solidarität...

Wir hatten kürzlich über die widerrechtliche Entlassung eines Gewerkschaftsvertreters in Rio de Janeiro berichtet. Nun erreichten uns weitere Meldungen aus Belgien und noch einmal Brasilien.

... mal so: Streik nach Entlassung

Bei Bayer Rubber in Antwerpen legte die Belegschaft die Produktion lahm, weil ein Vertrauensmann (Elektriker) überraschend entlassen worden war. Nachdem ein annehmbarer Kompromiss zustande gekommen war, wurde die Produktion nach fünf Tagen Streik wieder aufgenommen. "Wir haben

zwar nicht gewonnen, aber auch nicht verloren", schrieb uns ein belgischer Kollege; und "...ich bin stolz, in einem Werk zu arbeiten, wo Kollegen noch für einander eintreten."

...und mal so: Solidarität ein Fremdwort

Soviel Solidarität bringt unsere IG BCE nicht auf. Sie sieht ein weiteres Mal zu, dass Gewerkschafter in Brasilien trotz Kündigungsschutz rausgeschmissen werden. Der jetzige Betroffene ist nicht ein bißchen radikal. Er gehörte zu



denn, die vom Unternehmen gefördert worden waren, als es darum ging, konsequentere Interessensvertreter draußen zu halten.

Gegen das Bayerwerk in Belford Roxo, das hier gerne als Vorzeigeobjekt zitiert wird, läuft ein Prozess wegen Umweltzerstörung. Aus gleichen Gründen "erstürmte" Greenpeace dort Ende Januar 2001 den Schornstein der Verbrennungsanlage.

Intranet und Internet - eine böse Falle

Es hat bereits Androhungen von Kündigungen, Versetzungen und Geldstrafen gegeben, seit Einführung des neuen Bayer-Intranets, myBayNet, wird es schwierig, zwischen Intranet und Internet zu unterscheiden. Selbst im Bayer-Intranet ist man ganz schnell im Internet, weil inzwischen viele Informationen als Links im Intranet hinterlegt sind.

Warnung

Aus aktuellem Anlass möchten wir ausdrücklich vor der privaten Nutzung des Internets warnen. In diesem Jahr ist die Internetnutzung mit Zustimmung des Gesamtbetriebsrates stichprobenweise überprüft worden. Dabei sind teilweise erhebliche private Nutzungen des Internets festgestellt worden.

Auf der Betriebsversammlung am 2. April hat der Personalchef ausdrücklich auf die Bayer-Regelung hingewiesen, wonach die Internetnutzung nur zu dienstlichen Zwecken erlaubt ist. Die private Nutzung soll nur in den Internet-Kaffee's erfolgen. Tatsache ist aber auch, dass einige Vorgesetzte das "Surfen" am Arbeitsplatz in der Mittagspause erlauben. Fraglich ist, ob diese Vorgesetzten, wenn es

wegen der privaten Nutzung Probleme gibt, die nötige Rückendeckung bieten.

Alles ist nachprüfbar

Die Internetnutzung bei Bayer erfolgt über Firewallrechner, die jeden Zugriff protokollieren und deren Protokolle jederzeit ausgewertet werden können, wenn der Betriebsrat dazu nickt. Andererseits gibt der Einsatz von Firewalls jedem Internetnutzer Sicherheit vor Viren- und Hackerangriffen, was sicher zu begrüßen ist.

Betriebsvereinbarung gefordert

Die Belegschaftsliste hat den Abschluss einer Betriebsvereinbarung für die Nutzung des Intranets und Internets gefordert, damit jeder Beschäftigte genau weiß, was erlaubt ist. Dies wurde bisher vom Gesamtbetriebsrat abgelehnt. Wir halten diese Praxis bei Bayer für unseriös. Viele Arbeitsrechtler halten die Nutzung von Intra- und Internet nur nach Abschluss einer Betriebsvereinbarung für vertretbar. Deshalb sollten alle Mitarbeiter besser die Finger ganz vom Internet lassen.



Diskonti - Bezahlung soll erhöht werden

Bei Bayer wird seit 1991 die Bezahlung von Arbeiten außerhalb der normalen Arbeitszeit mit einer Vereinbarung über Diskonti- Entstördiensteinsätze und Rufbereitschaften geregelt.

Die Vergütungen für Diskonti-Entstördienst sieht für die Entgeltgruppen

E1 - E8 = 55,- DM / Std. und für E9 - E13 = 70,- DM / Std. vor.

Mitarbeiter der Hauptwerkstatt / PLT haben sich jetzt mit der Forderung nach Erhöhung dieser Beträge an den Betriebsrat gewandt.

Die Belegschaftsliste ist der Meinung, dass die Bezahlung für Einsätze außerhalb der Arbeitszeit nach 10 Jahren zeitgemäß angehoben werden müssen.

Ausbilderwechsel

Innerhalb der Berufsausbildung stehen einige Wechsel an: Herr Eigenbrodt, Ausbilder für Chemikanten, verlässt die Bayer AG zum 30.6.2001. Herr Laag, Ausbilder für Chemielaboranten, wird Anfang 2002 seinen wohlverdienten Ruhestand beginnen. Beide Ausbilderstellen müssen möglichst zeitnah und schnell wieder besetzt werden. Wir fordern korrekte und faire werksinterne Stellenausschreibungen (...nicht wieder mit E 8.....).

